

Die Baugewerkschaft

Organ

des Zentral-Verbandes christlicher Bauhandwerker,
Bauhilfsarbeiter und Steinarbeiter Deutschlands.

Herausgegeben vom Verbandsvorstande.

Geschäftsstelle: Berlin O., Rüdersdorferstr. 60. — Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4337.

Schriftleitung:

Berlin O., Rüdersdorferstraße 60.

Abonnements-Bestellungen, Anzeigen etc. sind an
die Geschäftsstelle zu richten.

Schluss der Redaktion: Montag abends 6 Uhr.

Erscheint jeden Sonntag.

Abonnementspreis pro Quartal 1,50 Pfg. (ohne
Bestellgeld), bei Zusendung unter Kreuzband
1,70 Mk.

Verbandsmitglieder erhalten das Organ gratis.

Anzeigenpreis: die viergespaltene Petitzeile 40 Pfg.

Nummer 40.

Berlin, den 6. Oktober 1907.

8. Jahrgang.

Inhaltsverzeichnis.

Politik und christliche Gewerkschaften. — Mangel an
Objektivität. — Fehle Wohnungen. — Rundschau: Ein
neues Vereinsgesetz. Die Münchener Ortskrankenkassenwahl ist
küstert. Der gemeinsamen praktischen Arbeit. Eine „gelbe
Erklärung“ in Berlin. „Note Verstandeskraft.“ — Wirtschaftliche
Bewegung. — Verbandsnachrichten: Berlin. Elberfeld. Aachen.
aus Oberschlesien. Herborn. Alsfeld. Cannstatt. Sinsin.
Stollberg. — Baumfälle. — Briefkasten. — Bekannt-
machungen. — Sterbefälle. — Anzeigen.

Politik und christliche Gewerkschaften.

Zeit Bestehen der christlichen Gewerkschaften war die
Wahrung der Unabhängigkeit von den politischen Parteien
und parteipolitischen Strömungen leitender Grundsatz. Die
Hochhaltung der strikten politischen Neutralität hat innere
Differenzen in unseren Organisationen nicht auskommen
lassen, und wo irgendwo Verstöße gegen dieselbe aus Un-
kenntnis oder Ueberreifer einzelner Agitatoren oder Zahl-
stellenleiter begangen wurden, wurden sie glatt nach einer
friedlichen Aussprache erledigt. Die christlichen Gewerk-
schaften wollen Organisationen sein, in denen sich Anhän-
ger aller bürgerlichen Parteien zusammenfinden, um kon-
krete wirtschaftliche Aufgaben zu lösen in einer Form und
mit Mitteln, die mit ihrer christlichen Ueberzeugung und
vaterländischen Gesinnung in Einklang stehen. Deshalb
haben sie auch den Kreis ihrer Aufgaben begrenzt. Im
Vordergrund steht Regelung der Arbeitsverhältnisse in
dem Sinne, daß der Arbeiter als gleichberechtigter Ver-
tragsfaktor zu seinem Rechte kommt, ihm ein entsprechen-
des „Anteil“ an den Erfolgen der produktiven Arbeit zuteil
wird und alle, seine Gesundheit, seine Arbeitskraft, seine
Wohlfahrt und seine Sittlichkeit schädigenden Einflüsse
den Betrieben nach Möglichkeit beseitigt werden. Die
daraus sich ergebenden Forderungen an die Gesetzgebung:
Recht Koalitionsrecht usw. entspringen nicht einem partei-
politischen Standpunkt, sondern dem eigenen Charakter,
gewissermaßen den Lebensbedingungen der gewerkschaft-
lichen Organisationen. Die Vertretung und Geltend-
machung dieser Forderungen seitens der Gewerkschaften
geschieht nicht durch und in einer politischen Partei, sondern
allgemein dem Staate, der Gesetzgebung und den parla-
mentarischen Körperschaften gegenüber. Jeder organisierte
Arbeiter wird darauf verwiesen, daß er innerhalb seiner
Partei für diese Forderungen nach Möglichkeit eintreten
soll, und insofern hat allerdings die christliche Gewerk-
schaftsbewegung indirekt einen gewissen Einfluß auf alle
bürgerlichen Parteien. Das höhere Ziel ist und bleibt
die Geschlossenheit und Einheit der gewerk-
schaftlichen Organisationen, die erst dadurch zu
einem starken Faktor bei Regelung der Arbeitsverhältnisse
den Unternehmern gegenüber wird; das Maß des politi-
schen Einflusses ist und bleibt eine sekundäre Nebenwir-
kung.

Das alles ist mit anderen Worten hundertmal gesagt
und weiß nachgerade jeder Gewerkschaftler fast auswendig.
In der Praxis wird auch dementsprechend gehandelt, und
Beschwerden können höchstens erhoben werden über takti-
sche Schwächen. Wenn nichtsdestoweniger hin und wieder,
so auch in jüngster Zeit, der politisch neutrale Charakter
der christlichen Gewerkschaften angezweifelt wird, so sind
weniger die Gewerkschaften daran schuld, als vielmehr die
politischen Strömungen außerhalb derselben, und
nicht zuletzt die seit der letzten Reichstagswahl geschaffene
politische Situation. Die Wahl Niederlage der Sozialdemo-
kratie hat den Pessimismus der bürgerlichen Parteien zum
Teil beseitigt. Hatte man sich in weiten Kreisen bereits mit
einem gewissen Fatalismus in das „Unabänderliche“, in
den unüberwindlichen Vorbringen der Sozialdemokratie
gegeben, so hat man seit der letzten Reichstagswahl mehr
Mut und Hoffnung. Seitens der organisierten Arbeiter ist
keits mit Recht behauptet worden, daß die bürgerlichen
Parteien im letzten Grunde selbst die Schuld an dem
Wachstum der Sozialdemokratie trügen: Vernachlässigung
der Arbeiterinteressen, keine politische Erziehung, keine
geordneten Parteiorganisationen, in denen die Arbeiter
zur Mitarbeit — außer zum Stimmzettelnverteilen —
verangezogen werden, Nichtberücksichtigung der Arbeiter
bei Besetzung der Mandate im Reichs- und Landtag und
der Gemeinden. Anstatt dessen Verschärfung der Gegen-
sätze zwischen den Konfessionen, hauptsächlich in der evan-
gelischen Kirche; das sind die Sünden der bürgerlichen
Parteien, die durch einen Uberschwall von patriotischen
und nationalen Beteuerungen nicht weit gemacht werden.
Wenn auch nicht alle diese Sünden bei den bürgerlichen
Parteien in ihrer Tragweite erkannt sind, so ist doch in
einem Punkte eine bessere Erkenntnis durchgedrungen: man
sieht instinktiv, daß man sich der Anhängerschaft aus den
Arbeiterkreisen mehr annehmen und ihnen das Verbleiben
und das öffentliche Eintreten für die Partei ermöglichen
muß. Durch das unaufhaltsame Vorbringen der gewerk-

schaftlichen Organisationen, besonders der sozialdemo-
kratischen, wird die Frage aktuell, welche von den
gewerkschaftlichen Organisationen man den Parteiange-
hörigen empfehlen soll. Diese Frage ist um so wichtiger,
als die gewerkschaftliche Erziehung nicht ohne Einfluß
bleibt auf die politische Stellung. Die Anhänger der
„freien“ Gewerkschaften werden bewußt für die Sozial-
demokratie erzogen und gedrillt. Sie scheiden deshalb
aus. Die Hirsch-Duncker'schen Gewerkschaften bekennen
sich zur politischen Neutralität, erwecken aber wegen ihrer
chronischen Stagnation kein besonderes Vertrauen. Die
jüngeren Elemente in der S.-D.-Bewegung haben durch
ungeschickte Seitenprünge — um uns ganz gelinde aus-
zudrücken — keine neuen Freunde zu erwerben vermocht.
Immerhin werden die S.-D.-Gewerkschaften für die links-
liberalen Gruppen der Sammelpunkt der Arbeiteranhän-
ger sein und bleiben können.

Zu den gelben Gewerkschaften haben selbst ihre Väter
und Förderer kein rechtes Vertrauen. Eine Organisation,
die auf eine selbständige Interessenvertretung verzichtet
zugunsten einer harmoniebedingten Bequemlichkeitstheorie
kann keine selbständigen politischen Charaktere entwickeln.

Kämen schließlich unsere christlichen Gewerkschaften in
Frage. Um Mißverständnissen vorzubeugen, sei von vorn-
herein bemerkt, daß wir keinen Grund haben und nicht
beabsichtigen, nimmere unsere christlichen Gewerkschaften
als die einzig wahren Allerwärts-Organisationen heraus-
zutreten. Gerade wir können und wollen das am aller-
wenigsten. Die christlichen Gewerkschaften haben bestimmte,
unverrückbare Grundsätze, auf die keine Konzessionen
irgend einer Partei gegenüber gemacht werden können.
Das ist der christliche Grundcharakter und die
volle Unabhängigkeit und Selbständigkeit unserer Bewe-
gung. Wer sich damit nicht befreunden kann, muß draußen
bleiben.

Die Frage, um die es sich im wesentlichen dreht, lautet
jedoch: können die Anhänger der verschiedenen
bürgerlichen Parteien Mitglieder unserer
christlichen Gewerkschaften sein und sich gleich-
zeitig in der Partei, der sie angehören,
politisch betätigen? Wir antworten mit einem
runden Ja! Die Anerkennung unserer Grundsätze hin-
dert niemand, sich z. B. in der liberalen, konservativen,
christlich-sozialen oder der Zentrums-Partei zu betätigen.
Die Forderungen an die Gesetzgebung, die wir vom
gewerkschaftlichen Standpunkt erheben, werden heute fast
von allen Parteien vertreten; in diesem Frühjahr war
es eine Freude zu sehen, wie liberale und freisinnige
Abgeordnete im Reichstag recht eifrig die Forde-
rungen des Frankfurter Arbeiterkongresses vertraten. Das
ist aber nicht mal ausschlaggebend. Sollen doch die ge-
werkschaftlich organisierten christlichen Arbeiter die Pro-
motoren für die Durchsetzung der Arbeiterwünsche in den
Parteien sein, und von diesem Gesichtspunkte aus kann
es uns nur erwünscht sein, wenn gerade in den Parteien,
welche nur zögernd mitun, recht viel vorwärtsdrängende
Elemente aus der christlichen Gewerkschaftsbewegung tätig
sind.

Die gewerkschaftliche Interessenvertre-
tung den Arbeitgebern gegenüber kann aber keine Partei
ihren Anhängern versagen oder gar verhindern. Der ge-
werkschaftliche Organisationsgedanke dringt dafür viel zu
siegreich und unaufhaltsam vor.

Trotzdem besteht gegen die christlichen Gewerkschaften
in gewissen Kreisen ein großes Mißtrauen. Unsere sozial-
demokratischen und Hirsch-Duncker'schen Gegner haben das
Wort „Zentrumsgewerkschaften“ geprägt, unter
den heutigen politischen Verhältnissen für viele eine recht
anstößige Bezeichnung. Die Bezeichnung ist unklar und
verleumderisch. Die christlichen Gewerkschaften haben mit
der Zentrums-Partei nicht mehr zu tun als mit jeder ande-
ren politischen Partei. Es wäre aber töricht von uns zu
leugnen, daß die Anhänger der Zentrums-Partei besonders
stark in den christlichen Gewerkschaften vertreten sind;
das hat seinen natürlichen Grund. Die der Zentrums-
partei angehörenden Arbeiter haben zuerst die Fahne
der christlichen Gewerkschaftsbewegung neben und gegen
den Strom der sozialdemokratischen Bewegung aufge-
pflanzt und sie entschieden gegen alle Vorurteile im
eigenen Lager und allen Angriffen von außen verteidigt —
was nicht immer so leicht und einfach war, das darf man
uns glauben. Niemals aber haben sie es sich in den Sinn
kommen lassen, die Gewerkschaften konfessionell oder poli-
tisch abzuschließen, im Gegenteil, sie haben von Anfang
der Stunde alles getan, was geschehen konnte, um die
Arbeiter evangelischer Konfession und anderer politischer
Parteien zur gleichberechtigten brüderlichen Mitarbeit zu
bewegen. Zahlreiche evangelische Kollegen sind davon
Zeugen.

Es seien hier einige Erinnerungen aus der Ent-
stehungszeit der christlichen Gewerkschaften aufgeführt.
Bei der Vorbereitung des ersten christlichen Gewerk-
schaftskongresses kam es zwischen dem Gewerksverein christ-
licher Bergleute resp. dem Vorstehenden August Bruff
und dem Nachener Textilarbeiterverband resp. dessen ge-

stigten Leiter, Ehrenratsmitglied und Zeitungsverleger
Zimmelen, zu einer lebhaften Auseinandersetzung, die
äußerlich den Charakter taktischer Meinungsverschieden-
heiten trug, in Wirklichkeit aber ein Kampf um die Selbst-
ständigkeit und Unabhängigkeit der christlichen Gewerk-
schaften war. Der Nachener Textilarbeiterverband stellte
sich in seinem Statut auf den Boden der Zentrums-Partei.
Herr Zimmelen, der geistige Leiter der Bewegung,
vertrat die Ansicht, daß jede Gewerkschaftsbewegung auch
politisch sein müßte. Demnach sollte die christliche Ge-
werkschaftsbewegung wirklich nur ein Anhängel der Zent-
rums-Partei sein. Gegen diese Tendenz wehrte sich Bruff.
Es ist sein „vorzügliches Verdienst um die Sache, daß er
den bestimmenden Einfluß der Zentrums-Partei fern-
und die politische und konfessionelle Neutralität der Bewe-
gung hochgehalten hat, und der Nachener Verband wurde
auf dem ersten Kongress in Mainz gezwungen, nicht nur
sein Statut, sondern auch seine Tendenz zu ändern.

Ein Gegenstück hierzu ereignete sich im Jahre 1899,
kurz vor dem ersten Kongress, auf evangelischer Seite. Auf
evangelischer Seite, und zwar aus nationalliberalen Krei-
sen, versuchte man einen evangelischen Bergarbeiterver-
band zu gründen. Die evangelischen Vorstandsmitglieder
des Gewerksvereins christlicher Bergleute erließen dagegen
eine Erklärung, in der sie auf Grund ihrer persönlichen
Tätigkeit und Erfahrung bekundeten, daß es vollständig un-
wahr sei, daß im christlichen Gewerksverein ultramontane
Propaganda gemacht würde. „Wir sind zum Teil schon seit
Gründung des Gewerksvereins christlicher Bergarbeiter in
unserer Stellung, haben so Gelegenheit, alles zu beobachten
und mit zu beschließen, und haben dabei von einer ultra-
montanen Propaganda nie etwas gesehen.“ hieß es u. a.
in der Erklärung.

Trotzdem hat man auf evangelischer Seite lange Zeit
den christlichen Gewerkschaften zweifelnd gegenüber ge-
standen, bis man sich endlich von den ehrlichen Absichten
der Führer überzeugte. In voriger Nummer des „Zen-
tralblattes“ wurde das Organ der konservativen Partei,
die „Kreuzzeitung“, zitiert, die in Nr. 363 schrieb, daß
die Befürchtungen, die christlichen Gewerkschaften würden
sich zu einem willigen Organ des Ultramontanismus ent-
wickeln, nicht gerechtfertigt seien, dank dem festen
Willen der katholischen Führer, auf diesem
Gebiete strengste Neutralität zu wahren zu
lassen.

Mangel an Objektivität.

Die „Rheinisch-Westfälische Arbeitgeberzeitung“ erlaubt sich
in ihrer Nr. 98 den Vorwurf gegen uns zu erheben, „daß
auch die christliche Organisation in Berlin trotz
des unsinnigen Streits wieder brüderlich ver-
eint mit den Sozialdemokraten vorgegangen
ist, obwohl sie von der Frevelhaftigkeit dieses
Streits überzeugt war.“ Daran ist dann noch die
Bemerkung geknüpft, daß es uns in Zukunft nicht leicht werde,
zu beweisen, daß wir uns in Arbeitgeberfragen nicht bedingungs-
los in das Schlepptau der Sozialdemokraten nehmen zu lassen
bereit wären.

Wir weisen den Vorwurf der brüderlichen Vereinigung mit
den Sozialdemokraten und der Frevelhaftigkeit des Berliner
Streits entschieden zurück, ebenso auch, daß wir uns in Arbeit-
geberfragen bedingungslos in das Schlepptau der Sozialdemo-
kraten nehmen ließen. Die Tatsachen, um die es sich in diesen
Vorwürfen handelt, sind in ihrer Wichtigkeit so allgemein bekannt,
daß wir der „Rheinisch-Westfäl. Arbeitgeberzeitg.“ den Vorwurf des
Mangels an Objektivität nicht erheben können.

Warum? Zunächst handelte es sich in Berlin nicht um
einen Streit, sondern um eine von dem Arbeitgeberverband
inszenierte Aussperrung. Ist das der Arbeitgeberzeitung
nicht bekannt? Wenn ja, warum redet sie dann nur schlecht
von frevelhaftem Streik? Etwa um die Tatsachen zu verbunkeln
und dadurch umso leichter das gedachte Ziel zu erreichen? Dieses
Ziel ist: die christlichen Gewerkschaften ganz allgemein anzu-
schwächen. Außerdem scheint die — allerdings sehr irrtümliche
— Meinung vorhanden zu sein, — und durch etwaige unübliche
Vorhaltungen den eigenen Wünschen gefügiger machen zu können.
Letztere Rechnung dürfte auf alle Fälle faßlich aufgestellt sein.
Wir wiederholen also noch einmal: Es handelte sich um eine
Aussperrung, und davon wurden alle Arbeiter ohne
Unterschied, welche bei Mitgliedern des Arbeitgeberverbandes
in Arbeit standen, betroffen.

Die von den Arbeitern aufgestellten Forderungen sind be-
kannt; prinzipiell halten wir dieselben für berechtigt.
Warum? Die Millionenstadt Berlin befindet sich in ständiger
Ausdehnung; jeder Bauarbeiter ist durchschnittlich eine Stunde
und mehr von der Arbeitsstelle entfernt; er ist mühsam bei
achtstündiger Arbeitszeit und einhalb Stunden Essenspausen
immer noch 11½ Stunden auf den Beinen. Ginzutritt die
größtmögliche Ausnutzung der physischen Kräfte bei der Arbeit.
Wir halten diese Gründe für die Verkürzung der Arbeitszeit
für durchaus stichhaltig, oder soll der Großstadt das Privilegium
des rücksichtslosesten Verschleißes der menschlichen Arbeitskräfte
gegeben werden?

Oh gerade der gegebene Moment für die gestellte Forderung
glücklich gewählt war — darüber kann man verschiedener Mei-
nung sein. Zwei Gesichtspunkte sind in solchen Fällen ins
Auge zu fassen. Erstens ist die Möglichkeit der wirtschaftlichen
Durchführbarkeit gegeben. Zweitens sind die äußeren Um-

hände bereit, daß zur Falle eines Kampfes auf einen Erfolg gerechnet werden kann. Im vorliegenden Falle hatten wir die Voraussetzungen für den ersten Gesichtspunkt für gegeben. Die Arbeitgeber waren anderer Meinung. Doch darüber können wir uns im Rahmen dieser Polemik nicht auseinandersetzen. Für uns steht im Vordergrund des Interesses die Tatsache, daß sich der Berliner Arbeitgeber von Anfang an auf den Standpunkt der striktesten Ablehnung jeglicher Arbeitszeitverkürzung gestellt haben. Sie trübten das sogar so weit, daß Verhandlungen über Lohn usw. von der Zurückziehung dieser Forderung abhängig gemacht wurde. Das widerspricht nicht nur dem Geist der bisherigen Verhandlungen, sondern barg auch eine demütigende Unterwerfung in sich. Wir wußten aber auch bestimmt: Hätte der Arbeitgeberverband auch nur eine halbe Stunde Verkürzung der Arbeitszeit, wenn auch erst in zwei bis drei Jahren in bestimmter Aussicht gestellt, der Kampf wäre nicht gekommen. Er lehnte jede Verhandlung darüber ab, rüßte aber dafür unsofortiger zum Kampf.

Trotzdem halten wir die Ablehnung des Schiedspruches des Gewerbegerichtes für einen Fehler. Die öffentliche Meinung ist für die Achtundtagsforderung noch nicht reif. Deshalb verliert sie aber nichts von ihrer Berechtigung. Auch die gegebenen Konjunkturvoraussetzungen waren nicht dazu angetan, die Arbeitgeber durch äußere Machtmittel zum Entgegenkommen, wenn auch erst für spätere Zeit, zu veranlassen. Weitere ungünstige Momente, die beträchtlich in die Waagschale fielen, wollen wir nicht anführen. Wer nun die Frage: Waren wir (die Christliche Organisation) in der Lage, irgendwelchen Einfluß auf den Gang der Dinge auszuüben? Wir sagen: Nein!

Zunächst die Konstatierung der Tatsache, daß ein von uns an den Arbeitgeberverband gerichteter Antrag, welcher die Teilnahme an den Verhandlungen zur Erneuerung des Vertrags betraf, eine Ablehnung erfuhr. Es wurde uns der Rat erteilt, uns mit dem soziald. Maurerverband zu verständigen. Derselbe war mit der Teilnahme einverstanden; die Arbeitgeber lehnten dieselbe wiederum, angeblich aus prinzipiellen Gründen ab. Den Anstoß zu dem tatsächlichen Zusammengehen zwischen uns und den Sozialdemokraten gegeben zu haben, entfällt somit auf den Arbeitgeberverband.

Daß die Führer der Zentralverbände beider Richtungen für die Annahme des Schiedspruches waren, ist bekannt. Die große Masse der Arbeiter lehnte denselben jedoch ab. Als Antwort kam die Aussperrung. Sie betraf auch uns; und hätte uns auch die Annahme des Schiedspruches davor nicht bewahrt. Ja, man erwartete sich durch dessen Nichtannahme eine Blamage. Die Affordmänner und die katholischen Fachabteilungen dürften das genügend beweisen. Kann richten wir an die „N.-W.-B.“ Arbeitgeberzeitung? Die Frage: Glaubt sie etwa, wir würden eine derartige rücksichtslosse Aussperrung ohne Abwehr hinnehmen? Wenn sie das annimmt, dann hat sie weder „gelernt noch vergessen“. Wir müßten ja charakterlose Geschöpfe sein, sollten wir uns eine derartige Behandlung gefallen lassen. Wir verdienen ja noch nicht einmal die Achtung der Unternehmer. Dafür ist aber unser Ehrgefühl und unsere Selbstachtung viel zu sehr entwickelt. Das Recht stand auf unserer Seite, wir besaßen uns in der Notwehr.

Was bleibt nun noch von der Behauptung eines frevelhaften Streiks übrig? Nichts! Ist die aufgestellte Behauptung betr. unserer Haltung zurechtend? Nein! Handelte es sich um einen freventlichen Streik? Hier nicht, außerdem entwickelte derselbe sich erst aus der Aussperrung. War dieses der „N.-W.-B.“ Arbeitgeberzeitung nicht bekannt? Wir nehmen es zu ihren Gunsten an. Aber auch dann bleibt die Leichtfertigkeit der aufgestellten Behauptungen bestehen.

Zum Schluß noch eins: Unsere Kollegen schlossen vor. Jahr in Nürnberg mit den Unternehmern einen Vertrag ab. Die Sozialdemokraten haben den Kampf ergebnislos aus. Sie konnten das Streikrecht sehr wohl vor unseren Mitgliefern vertreten; die Arbeitgeber erklärten, das Angebotene stelle die Grenze ihrer Leistungsfähigkeit dar. Sie glaubten es. Auf die nach getätigten Abschlüsse, gestellte Frage, was mit den soziald. Verbänden geschehe, erklärte man ihnen, daß mit diesen „auch nur“ der gleiche Vertrag abgeschlossen wurde. Es kam anders; im Laufe des Winters schlossen die Nürnberger Unternehmer mit den Sozialdemokraten einen Vertrag mit bedeutend höherem Gehalt ab. Was sagt die „N.-W.-B.“ Arbeitgeberzeitung? Hierzu? Soll das etwa das Vertrauen zu den Arbeitgeberverbänden heben? Mit nichts.

Rundschau.

Ein neues Vereinsgesetz

Soll nun endlich dem Reichstag vorgelegt werden, wie die Tagespresse zu berichten weiß. Ueber die grundlegenden Bestimmungen des von der Regierung ausgearbeiteten Entwurfs wird berichtet:

Von allen Versammlungen, in denen öffentliche Angelegenheiten erörtert werden sollen, ist 24 Stunden vorher Anzeige zu machen. Darüber ist eine Bescheinigung zu erteilen. Bescheinigung, welche eine Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten bezwecken, sind anzumelden und müssen ihre Statuten einreichen. Auch jede Versammlung dieser Vereine ist anzumelden, dagegen wird ein Verzeichnis der Mitglieder nicht verlangt. Von Vereinen, die eine Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten bezwecken, sind Beschlüsse und Schluß ausgehoben, Frauen sind zugelassen.

Wenn in einer Versammlung ein Redner zu geschwätzigen Handlungen auffordert, so hat der überwachende Beamte vom Vorsitzenden die Wort-Entziehung zu fordern und löst, wenn dem nicht willfahret wird, die Versammlung auf. Die Auflösung soll ferner erfolgen, wenn die polizeiliche Bescheinigung der Anmeldung nicht vorgelegt werden kann. Auch ist noch ein Auflösungsgrund die durch Tatsachen wahrheitsgemäß gemachte Störung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit.

Wenn diese Verantwortungen stimmen, was übrigens von dem offiziellen Regierungsorgan „Norddeutsche Allg. Ztg.“ bestritten wird, würde die Vorlage weit hinter den begabten Erwartungen zurückbleiben. Es ist jedoch verfrüht, jetzt schon eine Kritik zu üben, bevor nicht der Entwurf im Wortlaut vorliegt. Warten wir also ab, was herauskommen wird.

Die Münchener Ortskrankenkassenwahl ist kassiert.

Die unerhörten Vorgänge bei der am 17. Februar d. J. in München stattgefundenen Wahl der Vertreter zur Ortskrankenkasse veranlaßte das christliche Gewerkschaftsamt die Wahl anzufechten. Nicht nur daß man die christlichen Arbeiter in brutaler Weise terrorisierte, sie schlug und stieß, auch bei der Ausstellung der Wahllegitimationen wurde in ungehöriger Weise vorgegangen. Während nun der Münchener Stadtmagistrat den Protest zurückwies, wurde er von der Regierung von Oberbayern anerkannt und die Wahl von derselben kassiert. Es muß also eine Neuwahl stattfinden. Befremden muß, daß der Magistrat den Protest nicht anerkannte; ihm müßten vor allen anderen die gewalttätigen Unterdrückungen christlicher Arbeiter durch die Sozialdemokraten bekannt sein. Es gewinnt tatsächlich den Anschein, als ob der in seiner Mehrheit liberale Magistrat mit den Sozialdemokraten gemeinschaftlich gegen die christlichen Gewerkschaften antämpfe.

Der gemeinsamen praktischen Arbeit

wenig nützlich war ein Vorgang auf dem in Salzburg stattgefundenen internationalen Bergarbeiterkongress. Trozdem der christliche Bergarbeiterverband eine Einladung zu demselben erhielt, welcher er auch Folge leistete, brachte zu Anfang des Kongresses das Geschäftskomitee einen Antrag ein, nach welchem nur eine Organisation eines Landes zu den internationalen Tagungen zugelassen werden soll. Die Konsequenz dessen wäre nach Lage der Dinge der Ausschluss der Christlichen gewesen, er mußte anders sich zu einer Verschmelzung mit dem sozialdemokratischen Bergarbeiterverband bereit erklärt haben. Der Vorgang findet seine Erklärung, wenn man weiß, daß der faktische Vertreter in der Geschäftskommision vertreten ist. Bei seinen Charaktereigenschaften war es ihm auch wieder möglich, nach der Erklärung der christlichen Vertreter im Falle der Annahme genannten Antrages den Kongress verlassen zu müssen, sofort auf die Gegenseite zu springen und unter dem bekannten Vorwand „im Interesse der Einigkeit“ der Bergleute, für die Ablehnung einzutreten. Er blieb also immerhin der Einigkeitssapostel. Der Beweis dafür, daß es christlichen Arbeitern kaum möglich ist, an den praktischen Arbeit gewidmet sein sollenden Kongressen teilzunehmen, viel weniger einer der dort vertretenen sogenannten „freien“ Gewerkschaften angehören zu können, erbrachte der Belgier Leblanche, welcher sich zu einer schmuggigen Verhöhnung des Christentums hinreißen ließ, von der sogar Uebersetzer erklärte, sie nicht wörtlich wiedergeben zu können. Diese Verhöhnung veranlaßte die christlichen Vertreter zu folgendem lebhaftem Protest:

„In der gestrigen Nachmittagsitzung hat der belgische Delegierte Leblanche das Christentum als die Religion der Arbeiterfeinde und jeden Christen als zu den Arbeiterfeinden gehörig hingestellt, ohne vom Präsidenten auf das Ungehörige dieser Äußerung aufmerksam gemacht worden zu sein. Im Namen der 77 000 Mitglieder, welche durch die Unterzeichner vertreten werden und sich zum Christentum bekennen, bisher aber stets — sogar unter schweren Opfern — für die Interessen der Bergarbeiterchaft gekämpft haben, protestieren wir energisch gegen die ungerechtfertigte Beschimpfung des Christentums und berufen uns zum Christentum bekennenden Arbeiter.“

ter. Wir sprechen unser Bedauern darüber aus, daß die Hineinziehen von religiösen und politischen Streifen das Zusammenarbeiten auf wirtschaftlichem Gebiete erschweren oder schließlich gar unmöglich gemacht wird. Die Unterzeichneten sind der Ansicht, daß die Erörterung religiöser Fragen nicht zu den Aufgaben des internationalen Arbeiterkongresses gehört. Sollte der Kongress in Zukunft derartige Angriffe auf die religiöse Überzeugung der von uns Vertretenen den wollen, so können wir an derartigen Verhandlungen nicht mehr teilnehmen und wir in diesem Falle weitere Einladungen zu internationalen Kongressen für die Zukunft überflüssig.“

Es ist eine bekannte Tatsache, daß die sozialdemokratischen Vertreter jede sich bietende Gelegenheit zur Propaganda ihrer Ideen ausnützen, und ihre ganze Tätigkeit in raffiniert Weise darauf anlegen, um dem Gegner Fallen zu stellen. Hinter jedem von sozialdemokratischer Seite gestellten Antrag eine solche Falle vermutet werden muß, und das ist heute dann kann ein fremdes Teilnehmen und Mitarbeiter in dergleichen Fragen an solchen Kongressen nicht vorhanden sein. Siehen daher auch solchen Veranstaltungen äußerst skeptisch gegenüber. Die gesamten Vorgänge in Salzburg geben uns den Beweis für die Nichtigkeit unserer Auffassung. Daß die Unhaltbarkeit des Belgiers dem geliebten Que nicht paßte, erklärt. Wer jener sagte nur offen, was unsere roten Gedanken.

Eine „gelbe Gründung“ in Berlin.

Der unentschiedene Ausgang des Berliner Bauarbeiterkampfes läßt die Arbeitgeber nicht schlafen, und sind sie eifrig bemüht, sich eine Schutztruppe zu schaffen, welche ihnen zu erwartenden künftigen Kämpfen Streikbrecherdienste leisten soll. Ob ihre Absichten von Erfolg gekrönt sein werden, ist bei eigenartigen Verhältnissen im Baugewerbe sehr zweifelhaft. merhin machen sie den Versuch, wie folgender Aufruf beweist:

„Werte Kollegen! Beim letzten Streik hat sich in unheimlicher Weise das Beharrnis herausgestellt, daß die unorganisierten Kollegen, die sich aus irgend welchen Gründen den besten Organisationen nicht anschließen haben, sich selbst eine Organisation gründen, um auch ihrerseits ihre berechtigten Wünsche geltend zu machen. Die Gründung ist sehr erfreulich. Unser Entschluß ist aus der Not geboren. Er ist durch den Druck unheilvoller Verhältnisse zustande gekommen: wählbar des Streiks waren wir unorganisierten zur völligen Ohnmacht verurteilt. Wir waren nicht in der Lage, den Streik abzuwenden, trotzdem wir den dringenden Wunsch hegten, Frieden mit den Arbeitgebern zu verhandeln. Wir bitten alle unsere Kollegen, unsern neuen Verein beizutreten, um die schmerzlichen Zeiten, die uns bevorzustehen scheinen, in Möglichkeit gerüstet zu sein. Wir dürfen nicht dulden, wir in unserm Beruf gänzlich verfallenen Arbeitsverhältnissen entgegenzutreten. Das Monopol der Lohnarbeit ist in Deutschland endgültig zusammengebrochen. Von gewisser Seite ist Parole ausgegeben worden: „Ein Zur-Ruhe-Kommen im Baugewerbe gibt es nicht!“ Man hat den Kleinriegel die Sperrtafel proklamiert. Diesen unerquicklichen Zustand muß ein Ende gemacht werden. Wir verwerfen die übertriebene Streiktaktik. Unser Verein beabsichtigt, im Einvernehmen auf gutlichem Wege mit den Arbeitgebern unsere Lage zu verbessern. Sein Ziel ist das im wahren Arbeiterinteresse liegende Bestreben, durch ununterbrochene Arbeit zu Wohlstand und Wohl zu gelangen. Unser Verein gewährt wie die anderen Vereine Krankenunterstützung und Sterbegeld. Er erteilt die soziale und wissenschaftliche Aufklärung seiner Mitglieder. Mit Politik und Religion befaßt sich unser Verein nicht. Heißlos gewordenen Mitgliedern wird der Verein ungehindert wieder Arbeit zu verschaffen bemüht sein. Kollegen, treu unserm Verein bei! Der Wochenbeitrag beträgt nur 20 Eintrittsgeld 30 Pf. Anmeldungen nimmt entgegen: Wilhelm Buchholz, Pucher, Pfalzburgerstr. 74.“

Wir haben es hier mit dem gleichen Vorgang zu tun, wie gelben Gründungen in anderen Berufen, auch die nämlichen Argumente werden ins Feld geführt: „Das Monopol der Lohnarbeit ist in Berlin endgültig zusammengebrochen“, läßt die Ausbreitung der Affordarbeit mit Hilfe des Arbeitsnachwebers der Unternehmer schließen. Uebrigens hat ein solches Monopol in Berlin nie bestanden, besonders in dem Beruf des Unterzeichners, der nur eine vorgeschobene Person darstellt, wird nur im Afford gearbeitet. Auf die weiteren Argumente, „durch ununterbrochene Arbeit zu Wohlstand und Wohl zu gelangen“, gehen wir bei Gelegenheit ein. Nur eine Nichtigstellung müßten wir uns heute erlauben, da es sich anscheinend um Verleihen der Interessenten handelt; nämlich in dem Satz: „Unentschieden ist aus der Not der Unternehmer geboren“. Und kann man es nicht nennen, denn wollten die Unorganisierten

Kollegen, der Ablauf der Tarife naht, betreibt eifrig die Herbstagitatio!

Feuchte Wohnungen.

Von Fred Hoop (Charlottenburg).

Raucher verboten.

II.

Eine andere Ursache der Wohnungsfeuchtigkeit bildet der gegen angrenzende geschützte Mauerflächen anliegende Regen. Die Durchdringungsfähigkeit der Wände hängt von der Art des verwendeten Baumaterials ab. Dichte Natursteine, wie Sand- und Kalkstein, nehmen zwar erheblich weniger Wasser auf als Ziegelsteine und Kalkwülfel. Das eingeschlossene Wasser verdunstet aber aus diesen Steinen — je schwerer, und deshalb müssen auch Natursteine an der Wetterseite gegen den Schlagregen geschützt werden. Gerade diese Sicherung der Wände gegen das Eindringen des Schlagregens wird meist vernachlässigt; daher die feuchte, unbefriedigende Luft in Wohnungen mit freistehenden Giebelwänden, deren Fugen nicht einmal sorgfältig geschlossen wurden. Der hygienische Professor Ruffmann schreibt ausdrücklich dieser Durchdringungsquelle der nach der Wetterseite gerichteten Wände die Schuld zu, daß eine große Zahl von Gebäuden durch verheerende Fohlstamtheiten (Fäulnis) und Schwamm der Balkenenden heimgesucht wird, und daß viele nach einer Weile gelegenen Zimmer fast niemals einen angemessenen Trockenzustand annehmen. Ein wirksamer Schutz wird nur durch Kleben dieser Wände mit hartgebrannten Steinen (Glaten, Kalksteine, Platten), Steinplatten oder Glas bewirkt. Benutzbar, keine Schutzmaße haben sich nicht als haltbar erwiesen.

Das ausgetrocknete Regenwasser bringt insoweit seiner Gefahr von sich in die tiefer liegenden Geschosse, auch bis in den Keller hinab, so daß nachfolgende Verfahren die Durchdringung einer feuchten Mauer zu verhindern und solche Feuchtigkeit abzuwehren. Bei einiger Sorgfalt ist jedoch die weitere Ursache des Uebels nicht schwer zu erkennen. Bei Durchdringung infolge Schrägen Regen sind die meisten Schäden nur an den dem Regen betreffenden Wänden, während das Grundwasser in allen im Keller ruhenden Wänden aufsteigt.

hinreichend geschützt ist. Steile und glatte Abdeckungen aus Glas, Schiefer oder Erdwachs haben sich hier am besten bewährt. Sie leiten das Wasser schnell ab, verhindern also das Durchdringen desselben.

Außerordentlich schwer ist die wahre Ursache der Durchdringung bei einem solchen eben bezogenen Neubau zu erkennen. Für die Herstellung des Mauerwerkes sind ungeheure Mengen Wasser erforderlich. Das Wasser verdunstet an den Außenflächen; daher die feuchte Luft, die uns aus jedem Neubau entgegenströmt. Wird nun der Bau nicht hinlänglich vor und nach dem Verputzen der Flächen getrocknet, so bergen die Wände, auch bei scheinbarer Trockenheit, nach dem Beziehen des Hauses noch große Mengen Wasser, das in den Mauern tiefer und tiefer sinkt und schließlich auch die Kellersohle erreicht. So kann man leicht zu der Annahme verleitet werden, daß die allgemeine Feuchtigkeit beim unvollkommenen Schutz gegen das Grundwasser zuzuschreiben sei. Auf jeden Fall müssen auch verhältnismäßig trocken erscheinende Neubauten stets mit Restand gelüftet und geheilt werden. Während der warmen Jahreszeit muß in den Räumen möglichst häufig feuchte Luft erzeugt, die Verdunstung des Wassers künstlich beschleunigt werden. Das wird bei entsprechender tiefer Lufttemperatur, d. h. in den Morgen- und Nachmittagsstunden geschehen müssen, soweit das die Benutzung der Räume irgendwie gestattet. Während der kühleren Jahreszeit aber müssen die feuchten Wände durch Lüftung getrocknet werden. Das zeigen durch Kachelöfen wird sich in vielen Fällen als unzureichend erweisen; dann wird die Aufstellung sogenannter „Sohlöfen“ erforderlich, doch ist die Benutzung des betreffenden Raumes in diesem Fall wegen der giftigen Verbrennungsgase völlig ausgeschlossen. Die Anwendung der intensiven, strahlenden Wärme ist für diesen Zweck besonders geeignet. Zum Schutz gegen herabfallende, glühende Kohlenstücke pflegt man die Sohlöfen auf eine Sandunterlage zu stellen; zur Ableitung der Rauchgase ist Zugluft zu erzeugen. Ursachen der Wohnungsfeuchtigkeit können auch ungenügender Herstellung der Dachbedeckung und der Maueranlage bezug. Bedeckungen derselben durch Steinwolle, Stroh, unzulängliches Material usw. bilden. Werden diese Schäden nicht rechtzeitig bemerkt, so führt auch hier das Wasser durch Wände und Dächer und tritt dann an mehreren Stellen ein, so daß man die Quelle schwer aufzufinden

vermag. Das ist namentlich dann der Fall, wenn der schadhafte Teil an einer schwer zugänglichen oder durch andere Bauwerke bedeckten Stelle liegt. Dasselbe gilt natürlich von Vertiefungen der Wasserleitungsrohre, die unter Umständen zu völliger Überflutungen des Hauses führen können. Es empfiehlt sich überhaupt, Dach- und Rohrleitungen alljährlich einmal verständigen Handwerkern untersuchen zu lassen.

Einen großen, meist unterschätzten Uebelstand bildet Unbuchtigkeit der Fußböden. Ich bin überzeugt, daß Fäulnis und mangelnde Luft in zahlreichen Wohnungen nur dieser Ursache zuzuschreiben sind. Viele Frauen haben die Gewohnheit, bei Reinigen der Fußböden gleich ganze Eimer voll Wasser über die Böden auszugießen, während ein angefeuchteter Lappen regelmäßiger Reinigung des Bodens vollkommen genügt. Schmutzwasser bringt in die Ritzen des Bodens und gibt hier Verbindung mit Stoffen mannigfaltiger Art, die während des Winters in das Füllmaterial gelangt sind, zu Fäulnis und Pestveranlassung. Die Balken und das Schüttmaterial, in welchem nicht selten während des Baues alte Lappen, Speisereste, Leinwand, Bierlaber usw. gelangen, finden gar keine Zeit abzutrocknen, da die „gründlichen“ Frauen immer wieder ihren Wasserflüssen herbeistimmen. Wenn sich in einer Wohnung ein auffälliger Modergeruch offenbart, dessen Quelle nicht ohne weiteres zu erkennen vermag, so darf man mit einer Sicherheit annehmen, daß die angenehmen Düfte aus dem Fußboden kommen. In vielen Fällen bleibt dann auch nichts anderes übrig, als den Fußboden auszureißen, die Füllung durchzubrennen zu entfernen, die Balken trocken zu legen und Bekleidungsstücke mit neuem Material (trockenem Sand, Schlacke oder dergl.) zu füllen.

Es gibt also ernste und harmlose Ursachen der Durchdringung von Wänden, Dächern und Fußböden. Die Wirkungen können in jedem Falle verhängnisvoll werden; wenn man die Symptome als unbedeutende, vorübergehende Erscheinungen behandelt, sorglos darüber hinweggeht. Die Hauptsache aber bleibt immer ein gesundes Fundament. Ein Haus, das mit seinem Grundmauern ständig im Wasser steht, kann ebensowenig als gesund betrachtet werden, wie ein Mensch, der beständig an nassen Füßen leiden.

...gewinnen, dann hätten sie es innerhalb der bestehenden Institutionen innerlich gekonnt.

„Note Verstandeskraft.“

Ein ergötzliches Stilllein leistet sich der rote Bauhilfsarbeiter-Genosse Fröhlich-Mölin in Nr. 33 des „Bauhilfsarbeiter“. Bericht der „Baugewerkschaft“ von Trier hat's ihn angetan. Was lehrt er sich auf seinen Hosenboden, und eine staunende Pupille entstand. Wo er nur diese Weisheit herhat? Vom Herward sicher nicht, denn wir haben dort fast nur vernünftige Männer gefunden. Was will nun Genosse Fröhlich? Er will wissen, daß eine christliche oder katholische Unternehmerorganisation keine Existenzberechtigung hat. Grund: Es ist eher möglich, ein Kamel durch ein Nadelöhr geht usw. Es gibt also Seelenheil bei den Unternehmern zu retten. Ob dem Genossen Fröhlich bei dieser tiefinnigen Betrachtung nicht der Gatte gekommen ist: Hier will ein Kamel durch ein Nadelöhr? Wer Gleichberechtigung verlangt, erscheint ihm nicht „echt“? Warum? Das weiß er selbst nicht, denn er gibt die Erklärung dafür. Und nun rät er in dem sozialdemokratischen Agitationswortschatz, daß es nur so eine Met hat. Lieber Bische Graben geht es hinweg, und schließlich macht er eine bedeutungsvolle Westentour halbe ein, der Stein der Weisen ist bereit: „Wir (die Genossen) besitzen außer Unru auch Verstandeskraft.“ Er schließt mit der Weisheit Fröhlich auf einen Stein, wofür sich der Schwanz von der Stirne. Das war schwer, wenn doch alle wären wie ich! Ja, ich!

Die „Rhein-Westf. Arbeitgeberzeitg.“ veröffentlicht in ihrer Nummer folgenden interessanten Brief:

Gelsenkirchen, den 14. Juni 1907.

Werte Kollegen!

Wie ich höre, habt Ihr unter anderen in Eurer letzten gemeinschaftlichen Sitzung mit den Christlichen beschlossen, die Agitation gemeinsam zu betreiben, wie auch demnächst eine gemeinschaftliche Versammlung abzuhalten. Seit jeher habe ich den Standpunkt vertreten, mit diesen Elementen nur in ganz bestimmten Punkten, wo es uns eine gewisse Taktik notwendig gemacht, gemeinsam Sache zu machen und diese sonst vollständig zu ignorieren, da bei ihrer bekannten Unweiligkeit und Intelligenzlosigkeit für uns nichts herauszukommen. Leider scheint es als ob Du Dich an dieser Taktik durchaus nicht gewöhnen könntest, der Bericht in heutiger Nummer der Baugewerkschaft über die letzte Versammlung zeigt dies nur zu deutlich. Du zu eingehendem Studium beilege ich auf den Du hoffentlich die Antwort nicht schuldig bleibst. Ich halte dies für die geeignetste Weise, Dir den Beweis zu liefern, daß ich mit meinen vertretenen Ansichten Recht habe. Aus diesem Bericht ersiehst Du, daß dieselben Leute, die sich einerseits unter dem Vorzeichen der Aufrichtigkeit bereit erklären, gemeinsam mit Dir Hand in Hand zu arbeiten, Dich andererseits als Verbündeten der Schlechtigkeit ja sogar als Verräter hinzustellen versuchen. Wäre dies schon Grund genug, sich mit solchen Elementen ein für allemal zu brechen und sie zu bekämpfen, wo immer dies Erfolg verspricht, so nimm hinzu, daß Dein häufiger Verkehr und besonders Deine Toleranz diesen gegenüber, bei den weniger Überzeugten unserer Kollegen, sehr leicht der Glaube erweckt wird, daß sie ein Untergeschlechte dieser Organisationen überhaupt nicht vorfinden, diese Geschichte könnte sich eines Tages sehr bitter gegen uns richten. Den Bericht bitte ich sauber aufzuheben, und mir bei erster Gelegenheit wieder zuzustellen, da ich hoffe einmal mit dem Schreiber abrechnen zu können.

Freundlichen Gruß

H. Humold.

Humold ist Beamter des sozialdemokratischen Maurerverbands. Dieser scheint die „Verstandeskraft“ der Genossen verächtlich einzuschätzen. Ja, so schlecht, daß er in einem Zusammengehen mit den Christlichen, eine schwere Gefahr für sie sieht, und erschreckt den Ruf ausstößt: „Diese dummen Wüsten sind eines Tages sehr bitter an uns rächen.“ Scheinen demnach noch nicht alle mit dem hl. Del roter Verstandeskraft gewalt zu sein. Das wird dem Weisen Fröhlich bitteres Empfinden verursachen. Vielleicht erinnert er sich an die Tätigkeit eines Schäfers bei gewissen Schafrankheiten. Wir ihm die gleiche Tätigkeit unter seinen räudigen Genossen zu halten, und zwar mit dem hl. Del roter Verstandeskraft. Aber etwa, wie es kurz hinter Fröhlich's gelehrsamere steht:

„Früher war ich Landarbeiter und verschmähte nie einen, wie ich meinte, stärkenden Schlaf. Gewöhnlich wurde ich von so stark, daß ich dies anderen Leuten auch zeigen mußte, wobei ich dann verschiedentlich Reile bekam.“

Gener wurde befehrt, anscheinend haben die Reile dazu beigetragen. Bei Genossen Fröhlich wagen wir nicht an eine Erklärung zu denken, und zwar infolge „feiner“ Verstandeskraft.

Mein teurer Freund, ich rat' auch drum Quers Collegium Logicum! Da wird der Geist auch wohl dressiert, In spanische Stiefeln eingeschmiert, Daß er bedächtiger so fortan Hinschleiche die Gedankenbahn, Und nicht etwa die Kreuz und Quers Irrlichteriere hin und her.

Wirtschaftliche Bewegung.

Zuzug fernhalten: Berlin, Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter, Kruschwitz, Maurer, Weisenburg i. G., Auswanderer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter, Landeshut, Maurer, Mahberg (Steinarbeiter), Sagenau (Maurer), Neustadt, Zementfabrik Mollschau (Hilfsarbeiter), Oberfeld (Kieser), Sperre über die Firma Krummenhöller, Barmen-Mittershausen, (Maurer), Bochum (Sperre über Wingenfeld), Essen a. d. R. (Stallateure, Sperre über Zwischenmeister Helmerich und Wemmann und Kläs), Hühroret, Sperre über die Firma Meyer, Hühroret, Ausperrung der Maurer, Bauhilfsarbeiter und Zimmerer, Hühroret und Murg (Maurer, Zimmerer, Säger und Bauhilfsarbeiter).

Geperret ist das Baugeschäft Herrmann in Wilschhofstein, Ostpr.

Bezirk Brandenburg.

Berlin. (Folgen des Bauarbeiterkampfes) entnehmen dem „Berliner Tageblatt“:

Die Folgen des großen Bauarbeiterstreiks, der fast ein ganzes Vierteljahr alle Bautätigkeit in der Reichshauptstadt lähmte, machen sich jetzt bei den zahlreichen städtischen Hochbauten bemerkbar. Für rund 13 Millionen Bauten sind jetzt in der Ausführung begriffen. Nicht weniger als 25 Schulen baut gegenwärtig die Stadt; die Fertigstellung der Hälfte war vor kurzem bereits für das Frühjahr nächsten Jahres von der Bauverwaltung in Aussicht gestellt. Es bedarf jetzt aber doppelter Anstrengungen von Bauverwaltung und Bauunternehmern, um das durch die lange unfreiwillige Ruhepause verfallene wieder einzuholen. Wie wir von unterrichtlicher Seite erfahren, hofft man bei einigermaßen günstiger Entwicklung die Scharte bis Weihnachten wieder auszuweiden zu können. Besonders ungünstig hat der Bauarbeiterstreik auf den Neubau der großen Volkshalle in der Gerichtstraße eingewirkt, der bis zum Herbst dieses Jahres beendet sein sollte. Die Anstalt, die einem bedingenden Bedürfnis der Be-

völkerung im Norden Berlins entspricht und bei aller Einfachheit in der Ausführung doch mit den neuesten Errungenschaften ausgestattet werden soll, dürfte aus diesem Grunde ebenfalls kaum vor dem Frühjahr nächsten Jahres eröffnet werden können. Auch das Märkische Museum und das Stadthaus haben unter dem Streik der Bauarbeiter zu leiden. Ihre Fertigstellung wird auch jetzt noch dadurch verzögert, daß die Zimmererorganisation über die an diesen Bauten beteiligten Meister die Sperre verhängt haben. Die städtische Bauverwaltung, die während des Bauarbeiterstreiks noch Rücksicht auf die Unternehmer ausübte, ist jetzt aber aus wirtschaftlichen Gründen gezwungen, auf die Fertigstellung der betreffenden Arbeiten zu drängen, da diese großen städtischen Bauten unendlich länger liegen bleiben können. Ein Unternehmer hat sich bereit erklärt, die hohe Konventionalstrafe an die Stadt zu zahlen, da er den Beschluß des Verbandes der Baugeschäfte nicht untreu werden will.

Das läßt die Lage im Berliner Baugewerbe etwas anders erscheinen. So stellen sie Arbeitgebern nicht dar, im Gegenteil. Mit dem von ihnen vorgeschickten Arbeitsmangel, der durch den Kampf heraufbeschworen sein soll, stimmt's daher nicht. Logischerweise sollten auch sie, in Folge der stattgefundenen Verzögerung der Arbeit, das zugeben. Aber auch nach einer anderen Seite wird etwas Licht in „die immer glänzende“ Lage der Bauunternehmer gebracht. Bruno Buchwald schreibt darüber im „Blut“:

Die Folgen der Bauarbeiterausperrung scheint die Aktiengesellschaft für Bauausführungen in Berlin in recht unangenehmer Weise zu empfinden. Die Aktien dieser Gesellschaft waren in der letzten Zeit beträchtlichen Kursrückgängen ausgesetzt, und es fiel an der Börse besonders auf, daß die an den Markt kommenden Aktien immer von derselben Seite, nämlich von der Preussischen Pfandbriefbank, stammten. Es wurden Gerüchte laut, daß es sich nur um Verkäufe auf Grund einer Geschäftsregulierung handelte, doch trugen diese Gerüchte den Stempel der Unwahrscheinlichkeit auf der Stirn. Denn das Material kam allzu plötzlich an den Markt, ohne Rücksicht darauf, ob Käufer in entsprechendem Umfange ohne erheblichen Kursrückgang vorhanden waren oder nicht. Sehr großer Beliebtheit haben sich ja die Aktien schon lange nicht erfreut, obgleich die Gesellschaft in den letzten fünf Jahren regelmäßig 5 Prozent Dividende verteilt hatte. Dennoch hat der Kurs in der letzten Hochkonjunktur einen Höchststand von nur 103 Prozent erreicht. Ich glaube nun Grund zu der Annahme zu haben, daß der Niedergang (er beträgt seit dem 1. Januar schon ca. 30 Proz.) sachliche Ursachen hat. Es dürfte für das laufende Jahr eine Dividende kaum zur Verteilung kommen, denn die Gesellschaft hat infolge der krisenhaften Lage des Baumarktes verschiedene Ausfälle bei Firmen zu erwarten, für die sie Bauten ausgeführt hat. Eine nicht unwesentliche Rolle spielt aber auch der Bau des Fürstenschloß am Potsdamer Platz. Dieser Bau, den die Gesellschaft bekanntlich für Rechnung der Wohnungsgesellschaft ausführte, sollte bereits im Oktober vorigen Jahres vollendet sein. Aber erst vor kurzem ist mit der Herstellung der inneren Einrichtung begonnen worden. Nun haben zwar bisher schon Abschlagszahlungen von seiten der Auftraggeberin stattgefunden. Aber es stehen noch weitere Zahlungen aus, die auf Grund des Bauvertrages erst nach völliger Fertigstellung des Baues zu erfolgen haben. Die Verzögerung ist hauptsächlich durch die Ausperrung erfolgt, und es ist kaum anzunehmen, daß die Gesellschaft die Streikmaßregel in Anwendung bringen kann, da es sich hier gar nicht um einen Streik, sondern um eine Aussperrung handelt. Es wäre zu wünschen, daß die Aktiengesellschaft für Bauausführungen, um der berechtigten Beunruhigung in den Kreisen ihrer Aktionäre entgegenzutreten, erklärt, ob ihr durch die Verzögerung des Baues nur Zinsverluste (es handelt sich immerhin um ein Objekt von mehreren Millionen Mark) oder auch etwa anders geartete Verluste entstehen. Auch über die Höhe der Verluste wären offizielle Angaben am Platze.

Das alles haben sich die Unternehmer infolge ihres hartnäckigen Standpunktes selbst zuzuschreiben. In ihrer großen Not soll nun eine „gelbe Erfindung“ helfen. Menschlicher Berechnung nach kann auch diese die Unternehmer nicht vor Konzeptionen an die Arbeiter bewahren.

Bezirk Paderborn.

Drilon. In Nr. 37 der „Baugewerkschaft“ berichteten wir, daß die Kollegen die Arbeit bei den Unternehmern Hillebrand und Sieber's einmütig niedergelegt hatten, um den Tarif zur Anerkennung zu bringen. Beide Firmen glaubten durch Arbeitswillige ihre Bauten zu befehen. Dieses ist den Herren aber nicht gelungen, denn solche Elemente werden im Sauerlande nicht mehr in großen Massen angetroffen. Ueberall sehen die Bauhandwerker ein, daß nur eine gute Organisation ihnen nützen kann. Die Lokalkommission versuchte verschiedentlich eine Einigung herbeizuführen, aber stets scheiterte die Verhandlung an dem Standpunkt der Arbeitgeber. Als der erste Zug ausblieb, befaßten sie sich jedoch, im Beisein der Wohnkommission wurde der Vertrag unterzeichnet. Die Sperre über beide Firmen ist hiermit aufgehoben. — Kollegen von Drilon und Umgebend! Hieraus könnt ihr sehen, daß nur Geschlossenheit und Ausdauer die Lage der Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter zu verbessern in der Lage ist. Möge dieser Erfolg daher dazu beitragen, daß die Kollegen immer treu zur Organisation stehen. Ohne Kampf kein Sieg! Darum agitiert, damit alle noch fernstehenden Kollegen eintreten in den Zentralverband christlicher Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter Deutschlands.

Bezirk Oberhausen.

Goch. Nachdem der Zustand nunmehr zwölf Wochen gedauert und die Arbeitgeber uns schriftlich mitgeteilt hatten, nach Aufnahme der Arbeit zu Verhandlungen bereit zu sein, beschloßen die Kollegen, den Streik vorläufig aufzuheben. Es soll nun abgewartet werden, was die Verhandlungen ergeben. Zu bemerken ist, daß der geübte Stundenlohn bereits überall gezahlt wird, auch ein großer Teil der Kollegen zu neuen Bedingungen arbeitet. Am Schlusse des Streiks befanden sich nur noch 16 Kollegen im Ausstand. Von einer bedingungslosen Arbeitsaufnahme, wie Zeitungen berichteten, kann also keine Rede sein. Wir kommen jedoch noch einmal auf die Bewegung zurück.

Krefeld. Das Kampfbild ist unverändert. Die angebahnten Verhandlungen von seiten des Herrn Beigeordneten bezirksam sind ebenfalls im Sande verlaufen. Die Arbeitgeber wollen auf die 9/10stündige Arbeitszeit nicht eingehen; an Lohn bietet man uns dieses Jahr 56 Pf., für 1908—1910 57 Pf., für 1909 und 1910; für Bauarbeiter 45 Pf., 1908 bis 1910 47 Pf. Dabei hat man den Zimmerern schon vor einigen Wochen von jetzt an 56 Pf., 1908 58 Pf., 1910 60 Pf.; mithin legt 3 Pf. weniger. Ob das wirklich ernst gemeint ist?

Verbandsnachrichten.

(Berichte über wichtige Versammlungsbeschlüsse und sonstige Vorkommnisse sendet man sofort an die Redaktion des Fachorgans. Nur kurze Mitteilungen können noch Dienstagsmorgens für die laufende Nummer bearbeitet werden.)

Dachdecker.

Berlin. In der am 18. September abgehaltenen ordentlichen Generalversammlung gab der Vorsitzende einen kurzen allgemeinen

Ueberblick über die Verhältnisse der speziellen Gewerkschaft und Klassenbericht folgt am Schlusse des Kalenderjahres). Die Verwaltungsverhältnisse wurden im September vor acht Jahren mit 34 Mitgliedern gegündet. Die Mitglieder hatten in dieser Zeit schwer zu kämpfen, besonders gegen den Terrorismus der „Genossen“, wodurch uns verschiedene Werkstellen verschlossen waren. Trotz alledem ist die Zahl gewachsen und betrug die Mitgliederzahl am Anfang dieses Jahres 227. Ist auch ein kleiner Teil bei der diesjährigen Lohnbewegung und der Erhebung der Zuschlags- und Extrabeiträge uns verlustig gegangen, so ist dadurch nur der Weizen von der Spreu getrennt, die Verwaltungsverhältnisse von den sie beschwerenden Vorkäufen erleichtert. Auch sind in diesem Jahre bis jetzt wieder 82 Neuaufnahmen zu verzeichnen. Sodann wurden die Neuwahlen vorgenommen. In den Vorstand wurden wiedergewählt W. Künzel als erster, Ludw. Kaufmann als zweiter Vorsitzender, Karl Baal als erster und Karl Heinemann als zweiter Schriftführer, sowie Thom. Thumeri als erster Kassierer; neugewählt Georg Jatzewski als stellvertretender Kassierer; als Revisoren wurden gewählt Karl Kohnstiedt und Wilhelm Stechert; zu Kartelldelegierte Ernst Kaufhold und Jos. Weitzer; in den Arbeitervertreterauschuss Ant. Steinisch und W. Künzel; ins Kuratorium des paritätischen Arbeitsnachweises Künzel und Thumeri, zu Stellvertretern Kohnstiedt und Stechert. Das Mitglied der Schlichtungskommission, L. Kaufmann, berichtete über eine Sitzung der Kommission, wobei eine prinzipielle Entscheidung über die Auslegung des § 10, Absatz 3 unseres Tarifes getroffen wurde. Es wurde einstimmig entschieden, daß bei Fahrten außerhalb der Stadt- und Ringbahn das volle verauslagte, also auch das Straßenbahngeld von der Wohnung des Gefellen bis zum Fernbahnhof, gezahlt werden muß. Kollege Künzel wies noch auf den diesjährigen in Berlin stattfindenden Christlich-nationalen Arbeiterkongress hin, welcher am 20., 21. und 22. Oktober tagt und empfiehlt rege Beteiligung. Zum Schluß richtete unser zweiter Zentralvorsitzende noch recht herzigen Worte an die Versammlung. — Auch die der Verwaltungsverhältnisse der Dachdecker angeschlossene Sektion der Dachdeckerhilfsarbeiter hielt am 24. September eine Versammlung ab und wählte in ihren Sektionsvorstand Aug. Broneski als ersten und Hehle als zweiten Vorsitzenden, sowie Vito Müller als Schriftführer. Die Sektion besteht zurzeit aus 50 Mitgliedern. Der Besuch ließ leider zu wünschen übrig. Es ist notwendig, daß sich die Hilfsarbeiter mehr an den allgemeinen Versammlungen beteiligen und mehr Wirkung in ihren Reihen bringen und Dachdecker und Hilfsarbeiter einig und fest weiterarbeiten zur Vertretung ihrer Berufsinteressen. — Es sei gleichzeitig hier nochmals bekannt gegeben, daß Ausweisung hier unentgeltlichen Benutzung des paritätischen Arbeitsnachweises gegen Vorgeigung des Mitgliedsbuches im Osten im Verbandsbureau, Müddendorferstr. 60, im Süd-Westen bei Kollegen Baal, Lübbenerstr. 20 v. l., im Süd-Westen bei Kollegen Ludwig Kaufmann, Willibald-Platz 21, Stfl. I, im Norden bei Kollegen Jatzewski, Gehrwalderstr. 19, Stfl. I und Eward Göhle, Strehliergstr. 20, Stfl. Keller, zu haben sind.

Maurer.

Oberfeld. (Baugewerkschaftsberufsgenossenschaft und Arbeiter.) Am 31. August tagte, so wird durch die „Rheinisch-Westfälische Arbeiterzeitung“ berichtet, der 22. Verbandstag der Deutschen Baugewerkschaftsberufsgenossenschaften zu Halle. Wie aus dem Bericht der Arbeiterzeitung zu entnehmen ist, erstattete der Maurermeister Albrecht Müller-Stettin (Vorvorsitzende Baugewerkschaftsberufsgenossenschaft), den Bericht über die vom 16. bis 31. Juli 1907 vorgenommene Baurevisionen durch technische Aufsichtsbeamte. Auf seinen Antrag wurde folgender Beschluß gefaßt: In Anbetracht dessen, daß alle Bestimmungen der Baugewerkschaftsberufsgenossenschaften, Unfälle zu verhüten, nicht die gewünschte Wirkung haben können, so lange nicht die Arbeiter selbst die gewissenhafte Beobachtung der Unfallverhütungsvorschriften anlegen sein lassen, empfiehlt der Verband der Deutschen Baugewerkschaftsberufsgenossenschaften den Genossenschafts- und Sektionsvorständen dringend, dafür Sorge zu tragen, daß alle festgestellten Verstöße gegen die bestehenden Vorschriften den zuständigen Stellen schnell zur Bestrafung unterbreitet werden. Es geschieht dieses im Interesse der Arbeiter, deren Leben und Sicherheit geschützt werden soll. — So weit der Beschluß. Wenn in demselben davon die Rede ist, daß alle Bemühungen der Baugewerkschaftsberufsgenossenschaften, die Unfälle zu verhüten, nicht die gewünschte Wirkung hätten, so lange nicht die Arbeiter selbst die gewissenhafte Beobachtung der Unfallverhütungsvorschriften sich angelegen sein ließen, so erkennen wir dieses an. Hier muß Hand in Hand gearbeitet werden. Die Arbeiter müssen die Vorschriften beachten und auf die strikte Durchführung dringen, was auch schon heute die organisierten Arbeiter zur Zufriedenheit tun. Aber wir möchten hier darauf hinweisen, daß Arbeiter, die sich in solchen Fällen an die Sektionen der Berufsgenossenschaften wenden, und diese um Abhilfe von Vorkäufen bitten, die die Arbeiter nicht selbst abstellen können, sich der Gefahr aussetzen, die Arbeit zu verlieren, da sie von den Beamten der Sektionen bei den betreffenden Unternehmern denunziert werden können, indem dieselben die Schreiben den Unternehmern unterbreiten, mit der Bemerkung: Wir lassen uns doch nicht von Arbeitern kontrollieren. Es liegt hier zweifellos im Interesse aller Beteiligten, wenn die Arbeiterschaft darauf dringt, daß die Vorschriften auch eingehalten werden. Für die Berufsgenossenschaften, daß Unfälle verhütet werden, für die Unternehmer, daß sie bei Wiederholung nicht in eine höhere Gefahrenklasse kommen, und für die Arbeiter, daß sie gesunde Knochen behalten. In dem Beschluß wird des weiteren den Berufsgenossenschaften empfohlen, alle festgestellten Verstöße der Arbeiter gegen die Vorschriften den zuständigen Stellen schnell zur Bestrafung zu übermitteln. Warum sollte man nicht auch hier, daß die Verstöße der Unternehmer gegen die Vorschriften zur Bestrafung übermittelt werden sollen, denn es liegt nicht am Arbeiter selbst, wenn der Unternehmer kein Gerüstholz anschafft und die Arbeiter meistens fliegende Gerüste bauen müssen, wegen Mangel an dem notwendigen Gerüstzeug. Auch können die Arbeiter nicht selbst die Verbandskassen stellen usw. Hier würde es sich lohnen, wenn die Beamten der Berufsgenossenschaften einmal unerbittlich und ohne vorherige Anmeldung die Bauten besuchten, so würden sie Zustände finden, die nicht nur geringsten den Vorschriften entsprechen. Auch die Verbandsfunktionäre sind zur Ausübung ihrer Pflichten bereit. Gewiß ist es richtig, daß es im Interesse der Arbeiter liegt, deren Leben und Sicherheit zu schützen, wie es im Schlußsatz des betreffenden Beschlusses heißt. Wenn aber Leben und Gesundheit geschützt werden soll, dann kann dieses nicht durch Vorschriften geschehen, die nur auf dem Papiere stehen, sondern auch die Arbeitgeber müssen die Anweisung zur strikten Durchführung der Vorschriften erhalten, und wenn diesem nicht Folge geleistet wird, die Bestrafung eintreten. Dann muß es den Bauunternehmern zur Pflicht gemacht werden, die Balken abdecken zu lassen, sowie genügend gesundes Gerüstholz zur Baustelle zu schaffen, dann werden die Arbeiter schon dafür sorgen, halbhohe Gerüste herzustellen. Dann müssen Verbandskassen überall auf der Baustelle sein, damit, wenn ein Unfall vorkommt, nicht erst eine halbe Stunde Weges das Verbandsmaterial geholt werden muß, wie dieses noch vor kurzem in Wipperfurth der Fall gewesen ist. In dieser Zeit kann der Verunglückte sich totgeblutet haben. Wiederholt ist schon festgestellt worden, daß nicht die meisten Unfälle auf das Schuldkonto der Arbeiter zu schreiben sind. Hier fehlt etwas anderes, nämlich ein einheitliches Reichsbauarbeitergesetz und Aufsichtsbeamte aus den Reihen der Arbeiter, der Fachleute selbst. Wenn diesen Wünschen der Arbeiter Rechnung getragen würde, dann würden die Klagen verhandelt, daß die Bestimmungen keine Wirkung hätten.

Klagen. (Ein Mainwort an die Christlichen Arbeiter.) Wer im Gewerkschaftsleben steht, wird wohl schon öfter die Beobachtung gemacht haben, daß in Stadt und Land unter den gewerkschaftlich organisierten Kollegen der einzelnen Berufe viel zu wenig Fühlung vorhanden ist. Man geht gleichgültig aneinander vorbei, ohne sich gegenseitig in der Agitation zu unterstützen oder miteinander zu beraten über wichtige Sachen, an denen nicht nur der eine, sondern alle Berufsgruppen interessiert sind. Ja, es hat sogar vielfach den Anschein, als ob einzelne Kollegen, von falschem Berufsstolz geleitet, es nicht für notwendig und gut erachten, anderen, schlechter gestellten Kollegen in gewerkschaftlicher Kameradschaft mit Rat und Tat zur Seite zu stehen. Auf das entschiedenste müssen solche Vorurteile beseitigt werden, weil dadurch der Agitation die größten Schwierigkeiten gemacht werden. In manchen Orten ist das langsame Vorwärtstommen der christlichen Arbeiterbewegung auf das Konto der oben geschilderten Zustände zu setzen. Das darf in Zukunft nicht mehr so weiter gehen. Die christliche Arbeiterbewegung muß sich darüber klar werden, daß alle Arbeiter ohne Unterschied des Berufes, Angehörige eines Standes, des Arbeiterstandes sind, und es der Pflicht des kameradschaftlichen Geistes und des geschlossenen Zusammenhaltens aller christlichen Arbeiter bedarf, um dem Arbeiterstand gegenüber dem Unternehmertum und der Öffentlichkeit zur vollen Geltung zu bringen. — Das Bezirksamt der christlichen Gewerkschaften für Sachsen und Umgebung hat sich u. a. die Pflege des Standesbewußtseins unter der Arbeiterbewegung zur Aufgabe gestellt. — Gemäß Absatz 2 seiner Satzungen sollen in allen Orten mit mehreren Berufsgruppen örtliche Kommissionen gebildet werden, bestehend aus Mitgliedern der verschiedenen Vorstände. Aus der für diese Kommissionen geschaffenen Geschäftsvorbereitung ersieht man, daß es u. a. Aufgabe dieser Kommissionen sein soll, durch eine den örtlichen Verhältnissen angepaßte Agitation und durch sonstige zweckentsprechende Maßnahmen die Gewerkschaftsbewegung am Orte zu fördern. Ferner sollen sie dahin wirken, daß, von den Ortsgruppen und Zahlstellen, mehr als dieses bis heute an manchen Orten der Fall ist, regelmäßige Versammlungen abgehalten werden. Weiter sollen sie den kameradschaftlichen Geist und das Zusammengehörigkeitsgefühl durch Wahrung von gemeinsamen Versammlungen für alle Berufsgruppen und Kolleginnen zu heben versuchen. Auch werden diese Kommissionen dafür zu sorgen haben, daß am Orte ein gemeinsames Verkehrslokal bestimmt wird, in dem nicht nur die Versammlungen und Sitzungen abgehalten sind, sondern wo auch den Kollegen in ihrer freien Zeit und besonders Sonntags Gelegenheit geboten wird, sich kennen zu lernen, und durch den Austausch von Erfahrungen oder Diskussionen über wichtige Tagesfragen ihr Wissen zu erweitern. Es ist selbstverständlich, daß in einem solchen Lokale, die der christlichen Arbeiterbewegung geneigte Tagespresse und die Gewerkschaftspresse ausliegen muß. Wenn jeder Gewerkschaftler, besonders aber die in führender Stellung stehenden Kollegen, sich ihrer Aufgabe voll bewußt sind, so werden auch in sächsischen Bezirken manche unliebsame Erscheinungen im Gewerkschaftsleben verschwinden, und die Arbeiterbewegung wird sich noch mehr, als dies bis heute der Fall ist, nach außen hin Achtung und Anerkennung verschaffen können. Der Herbst rückt heran und mit ihm die Zeit, wo die Winteragitation beginnen soll. Darum, Kollegen, fort mit der Abgeschlossenheit in den einzelnen Berufsgruppen, fort mit dem falschen Berufsstolz und der Gleichgültigkeit mit dem Wohlergehen anderer Kollegen, sondern wieder mitarbeitend in der Agitation für die christlichen Gewerkschaften. Seiner lege die Hände in den Schoß, jeder tue seine Pflicht, denn: **Der Menschheit größte Baubetrieb liegt am bereiteten Streben.**

Aus Oberösterreich. In Nr. 37 des „Grundstein“ lesen wir einen Bericht über Mißstände auf einem Bau in Neuburg bei Antonienhütte. Dieser Bau wurde von den Genossen zur Beseitigung der Mißstände gesperrt. Wie wenig es aber die Genossen mit der Wahrheit nehmen, zeigt der Bericht in seinem weiteren Verlauf, indem darin gesagt wird, daß zwei Poliere mit einer Kolonne christlich organisierter Maurer angekommen seien, welche zugleich frisch und fromm die Arbeit aufgenommen hätten. Ist der „Grundstein“ denn nun aber wirklich so blöde, anzunehmen, uns herabgelassenes aufbinden zu können? Dann irrt er sich gewaltig. Von der christlich organisierten Kolonne Maurer, die dort die Arbeit aufgenommen haben sollen, (es waren ganze 6), wurde aber nicht „frisch, fromm und froh“ wie der „Grundstein“ schreibt, die Arbeit aufgenommen, sondern dieselben überzeugten sich zuerst, ob auch die Mißstände: betreffend Bauhunde und Aborte beseitigt waren, was auch zutrifft. Bemerkenswert sei aber nun, daß, als dieselben die Arbeit aufgenommen hätten, schon 12 von den Genossen arbeiteten. Und nun zur Angelegenheit des Abordnungsens. Der Lohn pro Quadratmeter Fuß ist um 2 Pf. erhöht worden, was ja selbstverständlich bitter wenig ist; aber die Genossen haben ja mehr auch nicht verlangt, und jetzt schüsten sie von frisch bis in die Nacht hinein. Anderen ba Vorschriften machen zu wollen, ist unangebracht, vielmehr sollen sie vor der eigenen Tür stehen. Daraus ersehen wir, wie es die Genossen in Oberösterreich treiben. Wer das ist noch nicht alles. Die Krone auf alle ihre Lügen und Verleumdungen haben sie in dem Satze aufgestellt, wo es im „Grundstein“ wörtlich heißt: „Schon lange vor dem „sozialdemokratischen“ Zentralverband, haben die Christlichen hier „geankert“ oder bis vor zwei Jahren mühten die Maurer noch 11 Stunden des Tages für 2,70 bis 3 Mk. arbeiten. Als unser Verband den Kampf für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen aufnahm, da waren es die „Christlichen“, die uns in den Rücken fielen.“ — Die oberösterreichischen Kollegen geackert aber nichts erreicht hat, und wer die Arbeiter zur Dummheit und Gleichgültigkeit erziehen hat. Wir haben auf dieses nur die eine aber bestimmte Antwort: „Es sind die sozialdemokratischen Verbände.“ Darum Kollegen Oberösterreichens, wachet auf, schüttelt eure Gleichgültigkeit ab und starrt euch um das Banner der christlichen Gewerkschaften, denn nur mit Hilfe dieser kommen wir zum Ziele.

Herborn (Wilkreis). Es gibt wohl wenig Städte in Deutschland, wo den Bestrebungen der Agitation mehr Schwierigkeiten und Feinde entgegenstehen, als in dem sonst so friedlichen Mittel. Vor ungefähr zwei Jahren setzten die einzelnen Verbände der Berg- und Metallarbeiter energisch hier ein. Es gelang trotz aller Hindernisse, besonders bei den Bergarbeitern, erhebliche Fortschritte zu machen. Dadurch erwachten auch die Bauhandwerker und schlossen sich der Organisation an. Wer aber kennt nicht die berühmten Scharwacher des Mittelalters? Als diese hörten, daß fremde „Deher“ oder „Zullenger“ eingebracht seien, wurde ein wahrer Bewußtseinskampf gegen uns geführt. Ein Mitglied nach dem andern sollte durch Arbeitslosigkeit hinfällig werden. Nach dem Grundgesetz, heraus aus unserm Haus, wurde gearbeitet. Durch Anwendung solcher Mittel gelang es dem Unternehmertum, den Kollegen Furcht einzujagen, so daß diese die Organisation verließen. Glaubten nun die Unternehmener ihr Ziel erreicht zu haben, so sollten sie sich getäuscht sehen, denn die riesige Bautätigkeit führte wieder neues Leben ein, indem organisierte Kollegen zureisten. Eine am Mittwoch, den 17. September, stattgefundene Versammlung war gut besucht. Kollege Hillenbrand aus Siegen unterzog die Handlungweise der hiesigen Baugewerkschaft einer scharfen Kritik. Unterstützt durch die Polizei, haben sich diese nicht geschont, Arbeiter, sobald sie sich organisierten, aus Plätzen zu werfen. Nach dem realistischen Berechnungsgesetz sollten wir wegen einer fünfjährigen Zusammenkunft (was die Polizei als Versammlung ansah), zum Opfer fallen. Vor Gericht wurden wir in jeder

Instanz freigesprochen. Es hat den Anschein, als ob die Maßregelung auch jetzt wieder fortgesetzt werden sollte, denn als vor einigen Tagen ein Vertrauensmann ein Mitgliedsbuch blicken ließ, wurde er vom Unternehmener Theis entlassen. Ob die Unternehmener diesen verwirklichten Standpunkt bald aufgeben werden, vermögen wir nicht zu glauben, aber austrotten werden sie uns nie. Die gegenwärtige, wie auch bevorstehende gute Konjunktur wird dazu beitragen, daß auch der Arbeiterverband des Mittelalters mit der Arbeiterorganisation rechnen muß. Unseren Kollegen aber rufen wir zu: arbeitet unermüdet an dem Ausbau der Organisation.

Witten. (Peter als maßgebende Person — über Tarif gibt's nicht.) Am Dienstag, den 17. Sept., nachmittags in der Besprechung, wurden in der Baubude auf Schacht 2 in Witten über allerlei Fragen, unter anderem auch über den rheinisch-westfälischen Tarifvertrag gesprochen. Ein Kollege sagte nun, von heute an können wir eine halbe Stunde früher nach Hause gehen, denn wir haben nach dem Tarif jetzt nur eine Stunde Mittagspause. Aber unsere Kollegen hatten die Berechnung ohne Rücksicht — Parbon, Peter Freienstein, dem Bruder des Unternehmers aus Gelsenkirchen gemacht, der seine Polierwürde hervorkehrte und ausrief: Wa — — Si! Ach so! Ihr habt einen Tarifvertrag? — Das ist ja schön — das wollen wir mal sehen, ob ihr früher Feierabend macht, als sonst, das gibt's einfach nicht. Wenn ihr einen Tarifvertrag habt, dann handelt aber erst selbst hartnäckig. Als unsere Kollegen nun einen Wein haben wollten und ihn fragen, wo er ihnen einen Restoff gegen den Vertrag nachweisen könne, da kniff der Held aus und rief nur noch, wartet nur, das kommt noch, und damit wollte er anscheinend andeuten, daß für ihn der Tarifvertrag nicht existiere, und bei passender Gelegenheit die tariffreien Arbeiter auf das Plaster geworfen würden. Unsere Kollegen waren nun gezwungen, Peter auf seine Polierpflichten aufmerksam zu machen, indem sie ihn aufforderten, mehr Gerüstholz herbeizuschaffen, denn jeder passierende Unfall müßte ihm infolge der mangelhaften Schutzvorrichtungen in die Schuhe geschoben werden. Wer aber nun glaubt, daß durch das Drängen unserer Kollegen mehr Gerüstholz herbeigeschafft worden wäre, der irrt sich; der neugeborene Polier meinte ganz natü: Oben ist der Himmel und unten die Erde, aber auch drei möchte ich bitten, die Mischung nicht mehr zu betreten. Als nun die drei Kollegen ihn fragten, wer bezahlt uns dann die 6 Tage, antwortete er, jetzt doch zu, wie ihr fertig werdet. Dieses haben nun auch die drei Kollegen getan und die Firma auf Zahlung der 6 Tage beim Gewerbeamt verklagt, und dort werden wir mit der Firma fertig werden. Eine solche Handlungsweise kann selbstverständlich nicht im Interesse des Geschäftes liegen. Während beim früheren Polier alles in Ruhe und Ordnung vor sich ging, auch die Arbeiteraufbesserungen Beachtung fanden, herrscht heute auf dem Bau ein Scharmachern ersten Ranges. Leute, die gar nichts mit der Leitung des Baues zu tun haben, halten es für angebracht, wenn jemand die Kollegen auf der Baustelle belästigen will, diese anzubrüllen, wie ein Bauhunde. Ja, sogar der Gardarmier wird Beschuldigung gemacht, daß sie die Besucher verhaften soll. — Der neugeborene Polier Freienstein würde viel besser tun, wenn er seine Kenntnisse in etwa bereicherte, auch die Unfallverhütungsvorschriften besser studierte. Vor allem aber: Knigge's Umgang mit Menschen. — Wir werden die Baustelle im Auge behalten und auch dafür sorgen, daß dortselbst geordnete Verhältnisse zur Anwendung kommen.

Gannstadt (Württemberg). Durch mißliebige Verhältnisse gezwungen, läßt sich vor einiger Zeit die hiesige Verwaltungsstelle auf. Damit war unser Verband jedoch nicht begraben; im Gegenteil, die hiesigen Kollegen gingen von neuem an die Arbeit, sie wollten sich nicht von anderen die Pastetten aus dem Feuer holen lassen, sondern als christlich denkende Arbeiter ihre Ehrenpflicht gegenüber der Gesamtarbeiterbewegung erfüllen. Es steht zu hoffen, daß wir jetzt bessere Fortschritte machen. In den Vorstand wurden gewählt: J. Klein als Vorsitzender, Kreier als Kassierer und Götner als Schriftführer. Zu Revisoren: Fischer und M. Klein.

Singen. In einer gut besuchten öffentlichen Versammlung referierte Kollege Koch-Wochum über die kulturelle Bedeutung unseres Verbandes. Von der grundsätzlichen Stellung unseres Verbandes ausgehend, kennzeichnete er in großen Zügen dessen Aufgaben und Erfolge. Kollege Rogge-Reddinghausen sprach in gleichem Sinne und forderte die Kollegen auf, das Angeführte zu beherzigen und in die Tat umzusetzen. Es steht zu erwarten, daß durch das Gehörte neue Begeisterung in die Reihen der Kollegen getragen wurde. Angesichts der kommenden Zeit ist solches auch eine unbedingte Notwendigkeit.

Stolberg, 20. September. Unsere heutige Versammlung, welche leider nicht gut besucht war, gestaltete sich recht interessant und anregend. Kollege Bücher war erschienen, der uns einen Vortrag über Kleinagitation hielt und uns Winke gab, wie wir unsere junge Zahlstelle, welche heute schon 46 Mitglieder zählt, ausbauen und weiter auf die Höhe bringen können. Redner betonte, dass das Wort „Kleinagitation“ richtig verstanden werden müsse, denn diese bilde heute das Hauptmoment, um neue Kollegen zu gewinnen. Grosse Versammlungen in es alleine nicht; das gehörige Wort verhalte rasch, daher muss jeder Kollege auf der Arbeitsstelle und bei jeder Gelegenheit für die Verbandssache nach Kräften agitieren; unorganisierte Kollegen müssen in ihrer Wohnung aufgesucht werden und für die Organisation interessiert werden. Ein Agitationsflugblatt und Aufnahmescheine, die bei dem Vorstand zu haben sind, sollte jeder stets bei sich führen, um jede sich bietende Gelegenheit zu benutzen, den unorganisierten Kollegen zu bewegen, dem Verbands beizutreten. Auch der Vorstand soll bestrebt sein, stets zu agitieren, indem er sucht, die Versammlungen immer interessant und anregend zu gestalten. Wenn jeder seine Pflicht tut und nach Kräften bestrebt ist, unsern Verband hier in Stolberg in die Höhe zu bringen, wird auch der Terrorismus der Genossen aufhören und bei verschiedenen Kollegen die Feigheit verschwinden und frei und offen vor den Genossen bekennen, dass sie dem christlichen Verbands angehören. Wir haben alle Veranlassung, stolz zu sein auf unsere Ueberzeugung und haben auch die Pflicht, diese zum Ausdruck zu bringen. Auch werden wir an Ansehen bei den Unternehmern gewinnen, aber nur dann, wenn wir einig und kameradschaftlich zusammenhalten. Was die Feigheit vermag, haben die Kollegen in Aachen bewiesen, welche trotz ihrer Jugend im Verband einen 17 wöchigen Kampf erfolgreich geführt haben. Redner forderte auf, die mündliche Agitation stets zu betreiben, auch die Leitung würde den Stolberger Kollegen stets zur Seite stehen und in Zukunft ihre Versammlungen besuchen und belehrende Vorträge halten. Die Einstellung eines weiteren Vortragsmannes wurde beschlossen und meldete sich ein Kollege freiwillig hierzu. Mit dem Wunsche, dass in Zukunft mehr solche interessante Versammlungen stattfinden möchten, welche sich auch eines zahlreichen Besuches erfreuen, wurde die Versammlung geschlossen.

Baunfälle. Berlin, 21. September. Auf dem Grundstück des Charlottenburger südlichen Elektrizitätswerk ereignete sich ein schwerer Unfall. Dorselbst sollte eine neue Dampfmaschine aufgestellt werden, zu welchem Zwecke ein starkes Holzgerüst über der Lagerstelle der

Maschine errichtet war. Bei dem Hochziehen des Kessels aus noch nicht aufgelöster Ursache mehrere Stangen des Gerüsts unter sich begraben. Am liebsten wurden die Schloße Neuber und Martin Koslowski zugerichtet. Dem ersteren die Unterhüften gerammt und R. erlitt fürchterliche Unquerschnitte. Beide wurden auf Krankenwagen nach dem städtischen Krankenhaus Westend überführt. Die Arbeiter Paul Woll Franz Kiesen wurden von der eisernen Last nur gestreift, jedoch durch heranziehende Balken Verletzungen am Kopf den Hüften. Beide wurden nach der Unfallstation XI Kraunhoferstraße gebracht und konnten sich, nachdem sie Not erhalten hatten, nach ihren Wohnungen begeben.

Duisburg, 23. September. Heute Morgen 10 Uhr der Kollege Miegelmann am Neubau des Binzenhof durch jahrelangiges Gerüstbauen, aus einer Höhe von 14 Meter und zog sich, nach dem Bericht der Presse, schwere Verletzungen zu. Mit einem unfersetzten Bechstein hat Maurer ein Gerüst aufgestellt ohne eine Befestigung vorzunehmen; kaum waren zwei Gerüstbretter aufgedeckt, die Gerüstbretter aus dem Mauerwerk rutschten und das Gerüst in die Tiefe ging. Nachdem der Unfall passierter konnte das Gerüst etwas vorchristlichmäßiger gebaut werden.

Briefkasten. A. S. Deutsch-Masselwitz. Die Krankenunterstützung auf 25 Kronenwochen pro Jahr gezahlt. Gruß!

Bekanntmachungen. Bezirk Oberhausen. Das Verbandsbureau wird mit dem 1. Oktober von der Straße nach der Mauerstraße 14 verlegt. Sä Korrespondenzen sind von da an nach dort zu adressieren. Telephonnummer wird noch bekanntgegeben. (Ausgeschlossen aufheben.) Ebnard Pfeffer, Bezirksleiter. Viktor Radde, italienischer Sekretär.

Achtung! Bezirk Danzig. Das Sekretariat befindet sich seit dem 1. Oktober in der Gasse 1. Heinrich Müller, Bezirksleiter.

Der Kollege W. Hesselmann, geb. am 21. September zu Düsseldorf, Buch-Nr. 128 844, wird hierdurch aufgefordert, seinen Verpflichtungen als Hauskassierer der Zahlstellen gegenüber nachzukommen. Kollegen, die den Inhalt des W. Hesselmann kennen, werden ersucht, sofort an Verwaltungsstellenkassierer Franz Dag, Köln, Palmstraße Mitteilung zu machen.

Achtung! Der Maurer Franz Gerlach, geb. den 1887 zu Hiltterode, Buch-Nr. 158 116 und der Maurer J. O. B. u. d. e. p. f. e. n. i. g., geb. den 9. 5. 1888 zu Zimmingerode, Nr. 98 660, werden aufgefordert, ihren Verpflichtungen der Verwaltungsstelle Münster gegenüber nachzukommen. Kollegen, in der Lage sind, Auskunft über den Aufenthalt derselben zu werden gebeten, dieselbe an den Verwaltungsstellen-Kassier Knosppe, Münster i. W., Dortmundstraße 11, gelassen zu lassen.

Als verloren werden gemeldet die Buch-Nr. 19 331 lautend auf Konrad Marborn von der st. stelle Paderborn (Zimmerer); die Buch-Nr. 68 497 lautend auf Karl Müller von der Verwaltungsstelle Dingelstädt; die Buch-Nr. 14 766 lautend auf Heinrich Hülsen, 144 448 lautend auf Hermann Tade und 155 759 lautend auf Joh. Kre von der Zahlstelle Wochold; die Buch-Nr. 120 988 lautend auf Paul Fall von der Zahlstelle W. W.

Sterbetafel. Am 19. September verstarb plötzlich infolge eines Unfalles unser Mitglied, der Arbeiter Johann Lietmann im Alter von 20 Jahren. Verwaltungsstelle Wilhelmshafen. Ehre seinem Andenken!

Anzeigen-Teil. Achtung! Mhrweiler. Sonntag, den 6. Oktober, nachmittags 1 Uhr, außerordentliche Mitgliederversammlung bei Joh. Sattler. Tagesordnung: Neuwahl des Vorstandes. (Kollege Lange wird anwesend sein. Der Vorstand)

Achtung! Mengede, Bodelschwingh. Sonntag, den 6. Oktober, nachmittags 4 1/2 Uhr, Versammlung beim Wirt Thiel, Bodelschwingh. (Kollege Koch hat zu derselben sein Erscheinen zugesagt. Alle Kollegen müssen erscheinen. Der Vorstand)

Achtung! Marloffstein. Sonntag, den 6. Oktober, in Schloß, Versammlung. Tagesordnung: Quartalsabrechnung. (Erscheinen dringend notwendig. Der Vorstand)

Achtung! Zahlstelle Gumborn. Sonnabend, den 12. Oktober, 8 Uhr abends, findet unsere diesjährige Generalversammlung im Verbandslokale statt. Kollege Pfeffer hat sein Erscheinen zugesagt. (Alle Kollegen müssen erscheinen. Der Vorstand)

Genossenschaftliche Bürsten-Fabrik Ramberg (Sfals). Billigste und vorteilhafteste Bezugsquelle für alle Bürstenwaren für den Haushalt und industrielle Betriebe. Lieferungen eingesandten Muster prompt und billig. Musterkollektionen auf gefälligen Wunsch gerne zu Diensten.